

MODERNE FAMILIENPOLITIK

Betreuungsgeld schafft echte Wahlfreiheit

Die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag bleibt ihren familienpolitischen Zielsetzungen treu und setzt sich weiter konsequent für das im Koalitionsvertrag vereinbarte Betreuungsgeld ein. Denn das Betreuungsgeld stellt nicht nur einen wesentlichen Bestandteil unserer christlich-orientierten Familienpolitik dar, es schafft auch eine echte Wahlfreiheit für junge Familien.

Gebot der Gerechtigkeit

Berufliche Selbstverwirklichung und Familienplanung sind für viele junge Menschen nur schwer miteinander vereinbar. Deshalb hat die christlich-liberale Koalition mit der Einführung eines Rechtsanspruchs auf einen Krippenplatz bereits eine Möglichkeit für junge Eltern geschaffen, Familie und Beruf erfolgreich miteinander in Einklang zu bringen. Daneben muss der Staat aber auch die jungen Familien unterstützen, die sich für eine Kindererziehung ohne Krippe entscheiden. Denn es kann nicht sein, dass Familien, die ihr Kind selbst betreuen oder die Betreuung anderweitig privat organisieren, keine staatliche Unterstützung erhalten, während der Ausbau eines Krippenplatzes den Staat durchschnittlich rund 1.000 Euro monatlich kostet. Das Betreuungsgeld ist daher nicht nur eine notwendige Ergänzung zur bestehenden Familienförderung, es ist auch ein Gebot der Gerechtigkeit. Daher setzt sich die CSU-Landesgruppe dafür ein, dass die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags umgesetzt und ab dem Jahr 2013 das Betreuungsgeld eingeführt wird. Junge Familien sollen dann zunächst mit 100 Euro monatlich, ab dem Jahr 2014 dann mit 150 Euro pro Monat bei der Betreuung ihrer Kinder unterstützt werden.

Wichtige Unterstützung für junge Familien

Das Betreuungsgeld stellt aber nicht nur eine wichtige Unterstützung und Anerkennung für Eltern dar, es schafft auch eine echte Wahlfreiheit. Denn jede Familie kann mit dem Betreuungsgeld die Betreuung ihrer Kinder ganz nach ihren Bedürfnissen organisieren und wird so bei der Verwirklichung ihrer individuellen Lebensplanung unterstützt. Moderne Familienpolitik bedeutet für uns, verschiedenste Lebensentwürfe zu unterstützen. Deshalb setzen wir uns weiter mit Nachdruck dafür ein, dass das Betreuungsgeld – das übrigens schon in der letzten Wahlperiode in der Großen Koalition gesetzlich verankert wurde – als Barauszahlung zügig umgesetzt und an keine zusätzlichen Bedingungen geknüpft wird. So stellen wir sicher, dass Deutschland ein familienfreundliches Land bleibt und die Arbeitswelt sich den Bedürfnissen der Familien anpasst – und nicht umgekehrt.

DEMOGRAFIESTRATEGIE

Koalition meistert den demografischen Wandel

Die Altersstruktur in der deutschen Bevölkerung wird sich in den nächsten Jahrzehnten entscheidend verändern: Während sich derzeit in Deutschland nach offiziellen Angaben rund 49,8 Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter von 20 bis 64 Jahren befinden, wird deren Zahl nach der Berechnung des Statistischen Bundesamts bis zum Jahr 2030 um rund 6,3 Millionen sinken. Im Jahr 2060 wird dann bereits jeder Dritte mindestens 65 Jahre alt sein. Daraus ergeben sich enorme Herausforderungen in fast allen Bereichen der Politik.

Zukunft sichern

Aus diesem Grund ist es wichtig, dass wir bereits jetzt die Weichen für die Gesellschaft von morgen stellen. Nur so können wir Gerechtigkeit zwischen den Generationen sicherstellen und die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder sichern. Das Bundeskabinett hat deshalb in dieser Woche die Demografiestrategie „Jedes Alter zählt“ beschlossen.

Darin ist unter anderem vorgesehen, Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Elternhäusern zu fördern und vermehrt Fachkräfte nach Deutschland zu holen. Familie und Beruf sollen besser vereinbar werden und die Pflegeangebote für die wachsende Zahl älterer Menschen verbessert werden. Gleichzeitig ist vorgesehen, in den öffentlichen Kassen konsequent einzusparen, denn viele Menschen sorgen sich bereits jetzt um ihre Rente.

Weitsichtig planen

Die CSU-Landesgruppe setzt sich deshalb konsequent dafür ein, dass sich Leistung weiterhin lohnt. Jeder, der sein Leben lang in Vollzeit gearbeitet hat, soll im Alter von seiner Rente auch leben können. Deshalb soll die geplante Zuschussrente auch Kindererziehungszeiten und Pflegezeiten berücksichtigen. Die Bewältigung der demografischen Herausforderungen setzt insbesondere voraus, dass es gelingt, die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfest zu machen. So ergeben sich beispielsweise auch in der Pflegepolitik große Herausforderungen. Bereits heute gibt es in Deutschland etwa 2,4 Millionen Pflegebedürftige. Bis zum Jahr 2050 wird sich diese Zahl nahezu verdoppeln. Zugleich wird die Zahl der Beitragszahler, die die Leistungen der Pflegeversicherung finanzieren müssen, weiter sinken.

Weitsichtige Planungen und Offenheit für innovative Ideen sind deshalb gefragt. Die christlich-liberale Koalition stellt mit der in dieser Woche auf den Weg gebrachten Strategie sicher, dass die Menschen auch in Zukunft auf eine gerechte, zukunftsfähige und verlässliche Politik in unserem Land vertrauen können.